

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 21./X. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 04.07.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<b><u>Seite</u></b>
1. Vorstellung der Integrations- und Inklusionsbeauftragten	3
2. Teilhabe und Pflege im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) hier: neue Aufgaben für die Stadt Kleve - Vorstellung durch Frau Dr. Ursula Pitzner von Pitzner Consult	3 - 4
3. Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales	4
4. Mitteilungen	
a) AG Barrierefreiheit	4
b) AG Quartiersentwicklung	5
5. Anfragen ./.	5

## N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche 21./X. Ratsperiode Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve  
am Donnerstag, dem 04.07.2019, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28**

Unter dem Vorsitz der  
Stadtverordneten Siebert, Susanne (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Bungert, Alexander	FDP
Döllekes, Fredi	SPD
Gerritzen, Christa	SPD
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	B'90/DIE GRÜNEN
Kanders, Angelika	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	UK
Fischer, Heidi	SPD

Sachkundigen Bürger:

Duenbostell, Helga	
Dussling, Jürgen	
Garisch, Siegbert	
Grundmann, Tobias	
Kanders, Josef	
Meinert, Gabriele	
Loosen, Iris	in Vertretung für Kauter, Lukas

Nicht anwesend:

Karow, Miriam  
Kauter, Lukas

Von der Verwaltung sind anwesend:

Erster Beigeordneter Haas  
Fachbereichsleiter Erps  
Integrations- und Inklusionsbeauftragte Lemm  
Tariflich Beschäftigter Kundens (als Schriftführer)

Gäste:

Frau Dr. Ursula Pitzner  
von Pitzner Consult

Ausschussvorsitzende Siebert begrüßt die Anwesenden zur 21. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Kleve. Sie stellt fest, dass zur anstehenden Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Auf ihre Frage, ob Einwände zur Niederschrift der vergangenen Ausschusssitzung bestehen, stellt Stadtverordnete Angelika Kanders fest, dass sie entgegen den Angaben der Niederschrift geäußert habe, dass die Mobilität für gerade ältere Menschen ein immer größeres Problem darstelle. Für sie stelle sich insoweit die Frage, in welcher Form die Mobilität älterer Personen gewährleistet werden könne. Außerdem habe sie um Auskünfte gebeten, wie sich die Sammeltaxis von anderen Taxis unterscheiden.

Ausschussvorsitzende Siebert erklärt, dass sie eine Erweiterung der Tagesordnung beabsichtige, da die neue Integrations- und Inklusionsbeauftragte Frau Sonja Lemm anwesend sei und sie Frau Lemm die Möglichkeit einräumen wolle, sich dem Sozialausschuss vorzustellen.

## 1. **Vorstellung der Integrations- und Inklusionsbeauftragten**

Der Ausschussvorsitzenden für ihre Begrüßung dankend teilt Frau Lemm den Anwesenden mit, dass sie seit dem 01.07.2019 als Integrations- und Inklusionsbeauftragte bei der Stadt Kleve beschäftigt sei. Sie habe bislang im Rahmen ihres Beschäftigungsverhältnisses beim Theodor- Brauer-Haus die Übergangseinrichtung „alte Post“ am Bahnhof in sozialpädagogischer Hinsicht geleitet und freue sich auf die neue Aufgabe. Derzeit sei sie mit einer Bestandserhebung der vorhandenen Aktivitäten und Akteure beschäftigt und werde zu gegebener Zeit dem Sozialausschuss ein entsprechendes Konzept zur Kenntnis bringen.

Der sachkundige Bürger Kanders wünscht Frau Lemm für ihre künftige Tätigkeit alles Gute und viel Erfolg.

## 2. **Teilhabe und Pflege im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)**

hier: neue Aufgaben für die Stadt Kleve

- Vorstellung durch Frau Dr. Ursula Pitzner von Pitzner Consult

Frau Dr. Pitzner gibt den Anwesenden im Rahmen einer PowerPoint Präsentation, welche anliegend dieser Niederschrift beigefügt ist, einen Überblick über die Ziele und Aufgaben der Stadt Kleve im Rahmen des neuen Bundesteilhabegesetzes. Grundlegendes Ziel des Gesetzgebers sei es, Menschen mit Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen ein selbstbestimmtes Leben durch inklusive Maßnahmen zu ermöglichen.

Neben der Funktion als Leistungsträger, gemäß den Bestimmungen des SGB XII, sehe das Bundesteilhabegesetz für Kommunen auch die Schaffung von intelligenten und integrativen Strukturen innerhalb des Gemeindegebietes vor.

Zum Abschluss der Ausführungen von Frau Dr. Pitzner äußert sich Stadtverordnete Kanders dahingehend, dass sie noch einen umfangreichen Diskussionsbedarf sehe.

Stadtverordnete Gerritzen äußert sich dahingehend, dass oftmals die Rahmenbedingungen (fehlende Ärzte etc.) eine Verbesserung der derzeitigen Strukturen verhindern. Oftmals seien Frauen aus wirtschaftlichen Gründen gehalten, einer eigenen Erwerbstätigkeit nachzugehen, um ein auskömmliches Familieneinkommen sicher zu stellen, und würden somit für Pflegeleistungen innerhalb der Familie nicht zur Verfügung stehen.

Stadtverordneter Bucksteeg weist darauf hin, dass es für ihn spürbar sei, dass ehrenamtliche Betreuer bzw. Familienangehörige hinsichtlich der sachgerechten Umsetzung der Bestimmungen des Bundesteilhabegesetzes überfordert seien. Für ihn stelle sich zudem die Frage, ob dem Ansinnen des Gesetzgebers „ein Antrag für alle Leistungen“ unter Praxisbedingungen genüge getan werden könne.

Auf den Einwand eingehend stellt Frau Dr. Pitzner fest, dass ein angegangener und unzuständiger Leistungsträger verpflichtet sei, die erhaltenen Informationen an den zuständigen Leistungsträger weiterzugeben.

Eingehend auf eine entsprechende Frage des Stadtverordneten Döllekes stellt Frau Pitzner fest, dass das MDK-Gutachten regelmäßig Auskunft gebe, ob eine seelische, körperliche oder geistige Beeinträchtigung vorliege.

Zum Schluss dieses Tagesordnungspunktes erklärt Ausschussvorsitzende Siebert, dass sie es als sinnvoll erachte, zu einem späteren Zeitpunkt Frau Dr. Pitzner erneut die Möglichkeit einzuräumen, dem Sozialausschuss hinsichtlich der praxisnahen Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes Ausführungen zu machen.

### 3. **Bericht des Fachbereichs Arbeit und Soziales**

Fachbereichsleiter Erps gibt den Anwesenden im Rahmen einer PowerPoint Präsentation, welche ebenfalls dieser Niederschrift beigelegt ist, einen Überblick über einzelne Eckpunkte der Aufgabenerledigung des Fachbereiches Arbeit und Soziales. Im Rahmen seiner Ausführungen geht er insbesondere auf

1. SGB XII  
- Umsetzungsstand zum Bundesteilhabegesetzes
2. UVG  
Entwicklung seit UVG Reform von 2017
3. SGB II  
Entwicklung Fokus Arbeit
4. Statistische Zahlen - Fallzahlen Entwicklung

ein.

Zum Abschluss seiner Ausführungen dankt Ausschussvorsitzende Siebert Herrn Erps.

### 4. **Mitteilungen**

#### a) AG Barrierefreiheit

Fachbereichsleiter Erps teilt den Anwesenden mit, dass in einer der letzten Sitzungen der AG Barrierefreiheit die Idee entstanden sei, mit einem sogenannten „Simulationsanzug bzw. Simulationsbrillen“ eine Begehung im Stadtgebiet Kleve vorzunehmen, um hierdurch insbesondere Planer des Tiefbauamtes zu sensibilisieren und auf die Probleme von Menschen mit Behinderungen einzugehen. Eine entsprechende Begehung habe kürzlich stattgefunden und habe allen Beteiligten wichtige Erkenntnisse vermittelt, welche nunmehr in einer der nächsten Sitzungen der AG Barrierefreiheit diskutiert würden.

## b) AG Quartiersentwicklung

Erster Beigeordneter Haas teilt den Anwesenden mit, dass ein neues Treffen der AG Quartiersentwicklung am 18.07.2019 um 15:00 Uhr terminiert sei. Im Rahmen dieses Treffens gelte es, dass weitere Vorgehen abzustimmen.

Den Ausführungen des Ersten Beigeordneten Haas beipflichtend teilt Ausschussvorsitzende Siebert mit, dass das Ergebnis der Befragung im Quartier zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorläge, dieses jedoch ggf. in der Augustsitzung des Sozialausschusses den anwesenden Mitgliedern präsentiert werden könne.

## 5. Anfragen

./.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

(Siebert)  
Vorsitzende

(Kunders)  
Schriftführer